



## Zahlen, Worte, Wirklichkeit Diagnose mit Beipackzettel-Jahresgutachten 2025/26

Dirk Stein

**„Perspektiven für morgen schaffen – Chancen nicht verspielen“ – so lautet der Titel des neuen Jahresgutachtens. Es klingt wie die Einladung zu einem Strategieworkshop im Bundesamt für Stillstand. Was aber folgt, ist ein nüchterner Befund. Kein Alarm, aber auch keine Entwarnung.**

Hauptimpulsgeber bleiben die staatlichen Investitioneneine Kompensation. Die Unternehmensinvestitionen sind schwach, der Konsum unsicher. Was die Zahlen sagen: Die deutsche Wirtschaft lebt vom Bestand.

Doch wer sich jetzt einen Weckruf erwartet, wird enttäuscht. Der Ton des Gutachtens ist sachlich, analytisch – und zugleich vorsichtig. Fast wirkt es so, als hätten sich auch die Wirtschaftsweisen mit dem neuen Normal arrangiert.

Die Reaktion der Politik passt ins Bild: ritualisiert, höflich, formelhaft. Der Sachverständigenrat übergibt, die Regierung bedankt sich – und erklärt, dass man „die richtigen Impulse bereits gesetzt habe“. Zwischen wirtschaftlicher Lage und politischer Sprache öffnet sich eine Lücke. Dort, wo Handlungsdruck entsteht, wird er durch Formulierung ersetzt.

Dabei enthält das Gutachten durchaus klare Hinweise: Investitionsbedingungen verbessern, Abgabenlast senken, regulatorische Bremsen lösen, europäische Kooperation vertiefen. Nur bleibt das alles auf der Ebene des Möglichkeitsraums – wie eine Agenda, die keiner durchsetzt.

### Regierung im Formulierungsmodus

Katharina Reiche, Bundeswirtschaftsministerin, tut es mit staatsmännischer Formel:

„Der Befund des Sachverständigenrats legt unmissverständlich dar, dass die deutsche Wirtschaft unter Druck steht. Jetzt braucht es politischen Mut, klare Prioritäten und den Willen, unser Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen.“ ([BMWK, 12.11.2025](#))

Dazu: Verteidigungsinvestitionen als Innovationsmotor, Spillover-Effekte für die zivile Wirtschaft, der Binnenmarkt als Wachstumsbedingung – alles unter dem Etikett „Strategie“. Nur ohne Priorisierung.

Friedrich Merz lobt das Gutachten als realistisch und wertvoll, spricht von Steuerreduktion ab 2028, Bürokratieabbau in allen Ressorts, Sozialreformen im Kommissionsformat.

„Wir wollen den Wirtschaftsstandort Deutschland wirklich fit für die Zukunft machen.“ ([Kanzleramt](#))

Die Regierung spricht viel über Richtung. Aber nichts über Wegstrecke. Oder Geschwindigkeit.

## Struktur statt Substanzverzehr

Daniel Stelter kommentiert das Jahresgutachten nicht als Regierungsmitglied, sondern als Ökonom – und nennt es eine „Ohrfeige“. Keine stilistische Entgleisung, sondern eine inhaltliche Positionsbestimmung, die er [im Gespräch mit WELT TV](#) sehr klar gemacht hat.

Die Erwartung von 0,9#% Wachstum sei kein Indikator für Erholung, sondern für Stillstand. Strukturprobleme würden nicht durch Schulden gelöst. Die Reformbereitschaft sei unsichtbar. Statt Probleme zu beheben, zementiere die Regierung bestehende Ungleichgewichte: mit Sondervermögen, Ausgabenerhöhungen, steuerpolitischem Nebel.

Seine Kritik an der Rentenpolitik trifft ins Zentrum: Die Lohnnebenkosten steigen, das Umlagesystem bleibt, die Jungen zahlen. Und nur die Junge Gruppe der CDU widerspricht. SPD, Grüne, FDP? Schweigen. Offenbar kennt Generationengerechtigkeit Parteigrenzen.

## Grimm: Widerspruch in Fußnotenform

Im Jahresgutachten selbst bleibt die Mehrheit analytisch, aber unentschlossen. Eine Ausnahme: Veronika Grimm. Sie hat – wie in früheren Jahren – eine abweichende Meinung verfasst. Auf Seite# 407 schreibt sie:

„Ich halte es für problematisch, im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld zusätzliche steuerliche Belastungen für Unternehmensnachfolgen zu diskutieren. Dies kann negative Investitions- und Beschäftigungswirkungen nach sich ziehen.“

([JG 2025/26, S. 407](#))

Grimm plädiert für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik. Keine symbolischen Gerechtigkeitsdebatten, sondern Anreize. Ihre Position ergänzt Stelters Kritik: Beide sehen den politischen Impuls in der Steuerpolitik als populistisch übersteuert. Wer Unternehmen belastet, ohne Investitionen zu erleichtern, verhindert Modernisierung.

## Reform als rhetorische Leerstelle

Das Gutachten benennt die richtigen Felder: Steuerpolitik, Demografie, Investitionsrahmen, Digitalisierung. Aber es bleibt auf halbem Weg stehen. Die Regierung nimmt die Begriffe auf – aber nicht den Inhalt.

Die Körperschaftsteuer wird gesenkt – ab 2028. Die Sozialabgabenkommission tagt – irgendwann. Der Bürokratieabbau ist angekündigt – seit Jahren. Die Digitalisierung kommt – aber per Gesetz, nicht per Anwendung.

## Hoffnung mit Rückrufklausel

Ein prognostiziertes Wachstum von 0,9#% ist keine Dynamik, sondern ein Hoffnungsschimmer über Null – und selbst der kann sich noch als Messfehler entpuppen. Die Politik spricht von Aufbruch, doch das Gutachten beschreibt einen Zustand, der nur noch auf der Stelle tritt. Die Differenz zwischen Lage und Sprache wird größer.

Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt fragil. Und politisch wird Stabilität beschworen – wo Strukturwandel gefordert wäre. Man lobt den Bericht, erkennt die Probleme – und reicht sie weiter an Kommissionen, Programme, europäische Gremien.

## Die Stunde der Entscheidung – vertagt

Das Gutachten mahnt. Die Politik bedankt sich. Daniel Stelter analysiert. Veronika Grimm widerspricht. Der öffentliche Eindruck: Man weiß, was zu tun wäre. Man sagt es auch. Nur handelt man nicht.

Die strukturelle Krise ist sichtbar. Der politische Wille, sie anzupacken, bleibt schwach. Das Zeitfenster für Reformen ist nicht geschlossen – aber es hat bereits zugezogen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4946920/Diagnose-mit-Beipackzettel-Jahresgutachten-202526/>